

FALLBESCHREIBUNG _____

Die spanisch-marokkanische Grenze bei Melilla – kein rechtsfreier Raum für Push-Backs

In der Nacht vom 12. auf den 13. August 2014 gelang es einer Gruppe von Personen aus Subsahara-Afrika, von Marokko aus die spanische Exklave [Melilla](#) zu erreichen. Da es für sie keine regulären Wege nach Europa gab – und bis heute nicht gibt – blieb ihnen nur der Weg über die Grenzanlage mit einem dreifachen, bis zu sechs Meter hohen Zaun.

Kaum, dass sie den Zaun erklommen hatten, wurden sie von der Guardia Civil, Spaniens paramilitärischer Polizeieinheit, gestoppt. Die spanischen Beamt*innen ließen marokkanische Sicherheitskräfte in die Grenzanlage, die die Menschen gewaltsam nach Marokko „zurückholten“. Die marokkanischen Sicherheitskräfte misshandelten viele der Betroffenen vor den Augen der Guardia Civil mit Schlägen und Tritten. Einer Gruppe, unter ihnen etliche Verletzte, gelang es, den oberen Bereich des Zauns zu erklimmen. Sie harrten dort aus, in der Hoffnung, in Spanien Schutz zu finden und sich gemäß der spanischen Einwanderungsgesetze registrieren lassen zu können. Die Beamt*innen der Guardia Civil verweigerten aber jede Kontaktaufnahme und Unterstützung. Nachdem sie stundenlang ohne jede Versorgung gewartet hatten, gaben die erschöpften Menschen auf. Nach und nach kletterten sie auf spanischer Seite hinunter, wo sie die Guardia Civil festnahm und umgehend ohne weitere Prüfung durch die Tore im Zaun nach Marokko deportierte. Rechtliches Gehör wurde den Menschen nicht gewährt. Sie hatten keinerlei Möglichkeit, einen Antrag auf internationalen Schutz zu stellen oder Rechtsmittel gegen die Rückschiebung einzulegen.

Laut Medienberichten wurden am 13. August 2014 auf diese Weise mehr als 70 Menschen nach Marokko abgeschoben. Wie viele von ihnen in Spanien Anspruch auf internationalem Schutz gehabt hätten, ist nicht bekannt.

Der Vorfall vom 13. August 2014 ist kein Einzelfall. Zwar gibt es keine offiziellen Statistiken, die Auswertung von Medienberichten lässt jedoch darauf schließen, dass es allein im Jahr 2014 mindestens 1.000 solcher Rückschiebungen (auch Push-Backs genannt) gab.

Das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) unterstützt deshalb seit 2014 Betroffene der menschenrechtswidrigen Praktiken an den EU-Außengrenzen, um gemeinsam im Rahmen individueller Verfahren das grundlegende Recht auf Rechte einzufordern und gegen die Push-Backs vorzugehen.

Menschenrechtswidrige Rückschiebungen an der spanisch-marokkanischen Grenze

Melilla ist eine spanische Exklave an der nordafrikanischen Mittelmeerküste mit einer direkten Landgrenze zu Marokko. Eine hochgesicherte Grenzanlage – drei Zäune, zwei davon sechs Meter hoch, trennt hier die Europäische Union von Afrika. Die Grenzanlage befindet sich auf spanischem Staatsgebiet und wird ausschließlich von spanischen Sicherheitsbehörden kontrolliert.

Die spanische Regierung leugnet dies nicht, behauptet aber zugleich, dass zusätzlich zu der Staatsgrenze eine weitere „operative“ Grenze überschritten werden müsse, um auf spanisches Territorium zu gelangen. Wo sich diese Grenze befinde, sei aber nicht fixiert, sondern verändere sich von Fall zu Fall. Daher behaupten die spanischen Behörden, dass die Betroffenen von Push-Backs die Grenze noch nicht überquert hätten, und verweigern die Anwendung der Schutzmechanismen im spanischen Recht und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Die Menschen werden ohne Einhaltung grundlegender rechtlicher Vorgaben vom spanischen Territorium nach Marokko zurückgedrängt.

Die Push-Backs – in Spanien „*devoluciones en caliente*“ („heiße Rückschiebungen“) genannt – werden bereits seit 2005 angewendet. Am 13. August 2014 und bis April 2015 hatte diese Praxis der Kollektivausweisung keine rechtliche Grundlage, sondern stützte sich allein auf eine Dienstanweisung der Guardia Civil für die Exklaven Ceuta und Melilla. Diese gibt vor, alle Menschen, die die ad-hoc eingesetzte „operative“ Grenze noch nicht überquert haben, unmittelbar zurückzuschieben sind.

Internationale Institutionen und Nichtregierungsorganisationen haben die Push-Backs an der spanisch-marokkanischen Grenze wiederholt scharf kritisiert. Der Menschenrechtskommissar des Europarates, Nils Muižnieks, bezeichnete das Vorgehen als unvereinbar mit der EMRK, da Artikel 4 des 4. Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention (ZP-EMRK) derartige Kollektivausweisungen ohne Einzelfallprüfung ausdrücklich verbietet. Die ehemalige EU-Kommissarin für Innenpolitik, Cecilia Malmström, betonte, das Vorgehen Spaniens verstoße gegen EU-Recht. Das Flüchtlingshilfswerk der UN (UNHCR) und das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter schlossen sich diesen Einschätzungen an und unterstrichen insbesondere die Gefahr von Misshandlungen durch marokkanische Sicherheitskräfte nach direkten Rückschiebungen.

Trotz der breiten regionalen und internationalen Ablehnung beharrt die spanische Regierung auf den automatischen Rückschiebungen an der spanisch-marokkanischen Grenze. Seit April 2015 regelt das Gesetz zum Schutz der Bürgersicherheit (*Ley de protección de la seguridad ciudadana*) explizit, dass Ausländer*innen, die die Grenzanlagen von Ceuta oder Melilla zu überwinden versuchen, zurückgewiesen, d.h. unmittelbar abgeschoben, werden können. Dieses Gesetz und seine negativen Konsequenzen für die Menschenrechte haben zu massiver internationaler Kritik geführt. In Spanien wurde das Gesetz zur Prüfung seiner Verfassungswidrigkeit dem spanischen [Verfassungsgericht vorgelegt](#).

Derweil versuchen flüchtende und migrierende Menschen weiterhin, die Zäune in Ceuta und Melilla zu überqueren. Und die spanischen Grenzbeamt*innen schieben sie weiterhin ohne die Beachtung ihrer persönlichen Situation zurück. Ähnliche Maßnahmen werden an der Seegrenze zwischen Marokko und Spanien praktiziert – mit tödlichen Folgen. Mehrere Frauen starben während einer [Push-Back-Operation](#) im September 2017.

Auslagerung von Verantwortung: Die Kooperation der EU mit Marokko

Recherchen lokaler und internationaler Nichtregierungsorganisationen sowie [Videomaterial](#) belegen, dass die Push-Backs an der spanisch-marokkanischen Grenze oft schwere Misshandlungen durch marokkanische Sicherheitskräfte nach sich ziehen. Diese gewaltsamen Maßnahmen haben sowohl präventive als auch bestrafende Motive. Die spanischen Sicherheitskräfte wissen davon und sind – wie

beispielsweise am 13. August 2014 – immer wieder auch Zeug*innen der Gewalt gegen flüchtende und migrierende Menschen.

Die enge Zusammenarbeit spanischer und marokkanischer Grenzbeamt*innen in Ceuta und Melilla ist Teil einer breit angelegten Kooperation der EU mit Marokko, die darauf abzielt, Flucht und Migration nach Europa zu verhindern. Im Rahmen der sogenannten EU-Mobilitätspartnerschaft leistet die EU u.a. erhebliche finanzielle und logistische Unterstützung zum Ausbau der Grenzkontrollen. Im Kontext dieser Kooperation zwischen EU und Marokko sind Menschen aus der Subsahara-Region zunehmend institutionellen Rassismus und Gewalt in Marokko ausgesetzt, wie z.B. der Räumung zahlreicher informeller Lager, Razzien, Verhaftungen, Misshandlungen und Deportationen in südliche Landesteile.

Laut des UN-Komitees zum Schutz der Rechte der Wanderarbeiter*innen ist die Gewalt gegen Menschen aus Subsahara-Afrika in Marokko systematisch und institutionell verankert. Auch der UN-Sonderberichterstatter für Folter konstatierte angesichts der regelmäßigen Angriffe auf die informellen Camps durch marokkanische Sicherheitskräfte ein Muster systematischer Misshandlung.

Für die EU jedoch ist all dies offenbar aber kein Grund zur Kritik an Marokko. Vielmehr verstärken Spanien und die EU ihre Politik der Auslagerung der Grenzkontrolle nach Marokko und umgehen damit ihre Verpflichtungen unter der EMRK. Nach der starken Kritik an den Push-Backs aus Ceuta und Melilla, setzte Marokko eine Reihe weiterer Maßnahmen um. Zusätzliche Barrieren wurden auf der marokkanischen Seite konstruiert. Marokkanische Sicherheitskräfte setzten flüchtende und migrierende Menschen in den Regionen um Nador und Tangier, beide in der Nähe von Ceuta und Melilla, einer Politik der systematischen Verfolgung aus. Um Nador herum wurden die informellen Camps zerstört, einige der dort lebenden Menschen ohne rechtliche Basis festgenommen und andere vertrieben. In Tangier hat diese Politik bereits zu mehreren Todesfällen geführt.

Spaniens „Push-Backs“ – Ein Fall für den EGMR

Flüchtende und migrierende Menschen sind wegen ihres prekären rechtlichen Status besonders gefährdet, Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu werden. Die Möglichkeit, ihre Rechte vor Gericht einzufordern, wird ihnen meist de facto verwehrt.

Am 12. Februar 2015 reichten zwei Personen aus Mali bzw. Elfenbeinküste, die am 13. August 2014 nach Marokko zurückgeschoben worden waren, jeweils Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg ein (*N.D. und N.T. gegen Spanien*, Az.: 8675/15 und 8697/15). Vertreten werden sie von den ECCHR-Partneranwälten Carsten Gericke aus Hamburg und Gonzalo Boye aus Madrid.

Die beiden Beschwerdeführenden machten vor dem EGMR geltend, dass der spanische Staat durch ihre direkte Rückschiebung am 13. August 2014 gegen das Verbot der Kollektivausweisung aus Artikel 4 des 4. ZP-EMRK verstoßen habe. Darüber hinaus seien sie durch die Rückschiebung und die Übergabe an marokkanische Sicherheitskräfte sowie den Lebensbedingungen in Marokko dem Risiko einer unmenschlichen Behandlung im Sinne von Artikel 3 EMRK ausgesetzt gewesen. Da sie keine Möglichkeit gehabt hätten, behördlich oder gerichtlich gegen ihre Ausweisung vorzugehen, rügten die Beschwerdeführenden außerdem eine Verletzung ihres Rechtes auf eine wirksame Beschwerde nach Artikel 13 EMRK.

Das Gericht stellte Spanien mehrere Fragen zur unmittelbaren Rückschiebung von N.D. und N.T. Die Vorentscheidung des Gerichts zu *N.D. und N.T. gegen Spanien* (8675/15 und 8697/15) ist [hier](#) abrufbar, die Fragen an die spanische Regierung [hier](#). Spanien beantwortete diese Fragen im Januar 2016. Beide Seiten stellten dem Gericht weitere faktische und rechtliche Beobachtungen zu.

In seiner Entscheidung vom Oktober 2017 stellte der EGMR eine Verletzung von Artikel 4 des Vierten Zusatzprotokolls (Verbot der Kollektivausweisung) und von Artikel 13 (Recht auf effektive Rechtsmittel) der EMRK fest. Das Urteil bestätigt die folgenden vier Punkte: Spaniens Grenzregime ist menschenrechtswidrig, die EMRK gilt auch an den Außengrenzen der EU, flüchtende und migrierende Menschen können nicht von Schutzmechanismen ausgeschlossen werden, und Push-Back-Praktiken verstoßen gegen die EMRK.

Das macht das Urteil im Fall *N.D. und N.T. gegen Spanien* zu einem wichtigen Präzedenzfall, um das grundlegende Recht auf Rechte von migrierenden und flüchtenden Menschen durchzusetzen.

Stand: Januar 2020

European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) e.V.

www.ecchr.eu